

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstausgabe bis auf weiteres nur Dienstag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Belegpreise bei Geschäftsbesorgung monatlich 20, durch unsere Kurierboten in der Stadt monatlich 25, auf dem Lande 30, durch die Post bezogen vierteljährlich 80, mit Postzusatz 85. Alle Postanstalten und Postämter sowie unsere Kurierboten und Geschäftsbesorgung nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhinderungen hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Belegpreises.



Interessentenpreis 20, für die 6 gepöhlte Korpuszelle oder deren Raum, Restlos, die 2 spaltige Korpuszelle 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gepöhlte Korpuszelle 20, Nachmittags-Beleg 15. Anzeigenannahme bis voraussichtlich 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Auftrag ist strafbar.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 243

Dienstag / Mittwoch 31. Oktober / 1. November 1922.

Kartoffeln. Einwohner, die sich noch nicht mit Winterkartoffeln eindecken konnten, wollen ihren Bedarf am 1. November Zimmer Nr. 1 anmelden.

Wilsdruff, am 28. Oktober 1922.

222

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Bei der Abordnung der Reparationskommission, die am Montag in Berlin eintrifft, befinden sich alle Hauptdelegierten der Kommission.

* Die Kohlenpreise werden am 1. November um etwa 50 % erhöht.

* Der Deutschnationale Parteitag entschied sich einem Antrage Herzog entsprechend gegen die bolschewistische Richtung.

* In den Rumpfer-Flugzeugwerten in Johannisthal bei Berlin wurde durch eine Feuersbrunst ein Millionenvermögen vernichtet.

* Die Postisten haben in mehreren italienischen Städten die Behörden abgelehnt und selbst die Regierung in die Hand genommen.

Kohlenfragen.

Das anmutige Spiel zwischen Erhöhung der Bergarbeiterlöhne und Hinaufschraubung der Kohlenpreise dauert nunmehr fort. Von Monat zu Monat wiederholen sich die nun nachgerade schon üblich gewordenen Bekanntmachungen des Reichskohlenrates, und wenn einmal sich unter den beteiligten Faktoren, sei es auf Arbeitnehmersseite es auf Arbeitgeberseite, kleine Unstimmigkeiten oder Verzögerungen ergeben, greift mit vorbildlicher Promptheit das Reichsarbeitsministerium ein und fällt seinen Schiedsspruch, wonach sich alles weitere dann wieder sozusagen selbsttätig regelt.

Man erinnert sich noch des ganz außergewöhnlichen Sprunges, den die Bergarbeiterlöhne im Monat September nahmen. Im Oktober ist man nun daraufhin nicht über eine 50prozente Erhöhung hinausgegangen, während von Arbeitnehmersseite aus diesmal wieder Zuschläge von 100 % verlangt wurden. In ungefähr gleichem Ausmaße geht man jetzt daran, wiederum den Kohlenpreis den veränderten Produktionsbedingungen anzupassen. Nur insofern verhält man es diesmal mit einem neuen Gedanken, als die Einführung einer sogenannten Kollektivprämie beschlossen wurde. Sie ist gedacht für etwaige Mehrforderungen eines Bezirks, also auf der Grundlage einer Gesamtleistung, jedoch für jedes Ailo Mehrforderung auf den Kopf der Arbeitnehmer pro Arbeitstag gerechnet je 1 Mark Zulage gewährt werden soll. Es ist dies ein Versuch, die Löhne wieder einigermaßen der Leistung anzupassen und dabei zwischen jugendlichen und älteren Arbeitern etwas zu unterscheiden, während sie in der letzten Vergangenheit mehr und mehr lediglich dem Bedarf angepasst waren. Man nahm bei ihrer Bemessung nicht Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Kohlenförderung, der Bedarfsdeckung für die Gesamtwirtschaft, sondern lediglich auf den notwendigen Lebensbedarf. Der fleißige, der eifrige Kohlenarbeiter wurde um keinen Deut günstiger gestellt als der faulige, der gleichgültige, wie ja überhaupt in unserer Volkswirtschaft von heute viel zu sehr auf die Befriedigung von Einzelinteressen hingewirkt wird, zum Schaden des gemeinen Ganzen. Das über sich hinweg zu kommen, das im vorigen Jahre verhältnismäßig recht gute Ergebnisse gezeitigt hatte, blies 1922 zunächst viele Monate außer Achtung, und als es schließlich zum Beginn der Herbstkampagne wieder erneuert wurde, geschah es einmal unter sehr starken materiellen Opfern, und dann konnte es sich gegen den Widerstand bestimmter Kreise in der Praxis nur mühsam durchsetzen. Die Werksbesitzer klagen darüber, daß ihre Erwartungen nur in sehr engen Grenzen sich erfüllt hätten, und wir sind selber Gottes immer noch gedenkend, ausländische, insbesondere englische Kohle zu nahezu unerschwinglichen gewordenen Preisen hereinzuholen, um beispielsweise bei der Reichsbahn auch nur den dringendsten Bedarf zu decken. Das Überschichtenabkommen bleibt in Kraft und soll nun in dem System der Kollektivprämie seine Ergänzung finden.

Sollten die Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft wieder an dem Willen einzelner Elemente scheitern, so wäre das um so unverantwortlicher, als die hoffentlich bald beginnende Durchführung der verschiedenen Sachleistungen abkommen mit Frankreich eine erhöhte Tätigkeit unserer Industrie und damit einen wachsenden Kohlenbedarf zur Folge haben wird. Die Entente hat uns zwar die Anrechnung eines entsprechenden Teils unserer Kohlenlieferungen für diesen Zweck in Aussicht gestellt, sie wird sich aber an diese Zusage schwerlich gebunden halten, wenn wir nicht auch von uns aus alles tun, um dem wachsenden Bedürfnis aus eigener Kraft so viel wie irgend möglich gerecht zu werden. Man sollte weniger auf die fortgesetzte Steigerung, zum Beispiel des Gaspreises, schimpfen, als darauf Bedacht nehmen, jeder, was an ihm liegt, zur Bekämpfung dieses leider auch notwendigen Übels zu tun. Und es kann nur bekämpft werden, wenn die Produktion gehoben wird, in erster Reihe im Bergbau.

Die Erhöhung der Preise.

50 % ab 1. November.

Die an der Kohlenwirtschaft beteiligten Stellen beschlossen eine Erhöhung der Kohlenpreise um etwa 50 % mit Wirkung ab 1. November. Der Preis für die wichtigste Kohle, die rheinisch-westfälische Fettsäurekohle, wird somit um 2060 Mark je Tonne netto, d. h. einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer, sowie Handelsmarge, erhöht. Die Erhöhungen betragen ferner für Sachsen (durchschnittlich) 3016 Mark, für Niederschlesien 2620 Mark, für Aachen-Gewerke 2692 Mark, für Aachen-Nordrhein 3276 Mark, für das rheinische Braunkohlenhydriat 317 Mark für Rohkohle und 1116 Mark für Bräunkohle, für das ostfälische und mitteldeutsche Braunkohlenhydriat 774 Mark für Rohkohle und 2041 Mark für Bräunkohle. Die Preise gelten alle ohne die üblichen Sätze für Steuern und Handelsmarge. In der entscheidenden Abstimmung wurde keine Einstimmigkeit erzielt. Bei der Beschlussfassung über die Kohlenpreise stimmten vier Arbeitnehmer dagegen, weil sie nur eine Preiserhöhung um 1942 Mark vertretbar zu können glaubten. Die Arbeitnehmer machten geltend, daß die ihnen zugewilligten Lohnerhöhungen immer weiter hinter der Geldentwertung zurückblieben, und daher müßten auch die Werksbesitzer auf Teile der Materialpreiserhöhung verzichten. Die Werksbesitzer verwiesen auf die große Preissteigerung der Materialien, insbesondere für Holz, sowie auf die Geld- und Kreditnot der Werte, die sich immer weiter verschärfte.

Im Anschluß an den für den Ruhr-Bergbau gefällten Entscheid fanden im Reichsarbeitsministerium Einigungsverhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der übrigen Stein- und Braunkohlen-Gebiete statt, in deren Verlauf teils durch Einigung der Parteien, teils durch Schiedspruch Lohnerhöhungen im Ausmaße von 87 bis 100 % der für das Ruhrgebiet gewährten Zulagen festgelegt wurden. Soweit es die Produktionsverhältnisse dieser Bergbaugebiete zulassen, sind gleichfalls Prämien für Mehrleistung vorzusehen worden. Die Stellungnahme der Parteien ist bis zum 6. November zu erwarten.

Die Berliner Verhandlungen.

Reparationskommission und Sachverständige.

Die bevorstehenden Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Reparationskommission und den von uns eingeladenen Finanzsachverständigen stehen jetzt im Mittelpunkt des politischen Interesses. Alle Hauptdelegierten der Reparationskommission (mit ihren Begleitern zusammen 37 Personen) kommen am Montag in Berlin an. Die Kommission hat als Zweck der Reise angegeben, mit der deutschen Regierung Maßnahmen zu erörtern, um das Gleichgewicht im Budget des Deutschen Reiches herzustellen und eine Stabilisierung der deutschen Mark zu erreichen.

Zur Besprechung der Finanzsachverständigen, die davon völlig getrennt ist, sind die Herren Dubsch und Bissinger bereits in Berlin eingetroffen. Die anderen Herren werden am nächsten Mittwoch erwartet und am Donnerstag soll dann die erste Sitzung unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Havenstein stattfinden. Man erwartet ein umfangreiches Gesamtgutachten als Ergebnis dieser Beratungen.

Reichsrat und Reichspräsident.

Ein Glückwunschesuch.

Am Sonnabend erschienen die stimmführenden Vertreter der Länder im Reichsrat unter Führung des preussischen Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten, um ihm die Glückwünsche des Reichsrats zu der neuerfolgten verfassungsmäßigen Festlegung und Erneuerung seines Amtes auszusprechen. Ministerpräsident Braun sagte dabei in seiner Ansprache u. a.:

Ihre bisherige Amtsführung in der schwierigsten Zeit unseres Vaterlandes gibt uns die Gewähr, daß Sie auch in den kommenden schweren Tagen mit der bewährten Lastrast, dem Takt und der Unparteilichkeit, die wir an Ihnen bewundern konnten und die in fast allen Kreisen unseres Vaterlandes noch zu tiefster Zufriedenheit volle Befriedigung und Anerkennung ausgehört hat, Ihr hohes Amt führen werden, geleitet von dem Ihnen in so reichem Maße eigenen warmen Verständnis für die Leiden unseres unterdrückten Volkes und getragen von dem Vertrauen seiner großen Mehrheit.

Der Reichspräsident erwiderte darauf in einer kurzen Rede, in der er sagte:

Ich werde in meinem Amte immer bestrebt sein, den besonderen Interessen der Länder volle Würdigung widerfahren zu lassen. In der berechtigten Eigenart der deutschen Stämme einerseits, aber auch im Zusammenhange zur Nation andererseits liegen die Wurzeln unserer Kraft und das Vertrauen auf eine bessere Zukunft. Nur in dem festen unerschütterlichen Glauben der deutschen Einheit

mit im festen Zusammenhalt des ganzen Volkes kann es uns gelingen, den schweren Räten und Stürmen der Gegenwart standzuhalten.

Auch die diplomatischen Vertretungen haben dem Reichspräsidenten im Laufe der letzten Tage persönlich die Glückwünsche ihrer Regierungen zur Erneuerung seines Amtes ausgesprochen. Außerdem sind ihm von Regierungen der deutschen Länder, öffentlichen Körperschaften, Vereinigungen und Verbänden sowie zahlreichen Privatpersonen Glückwunschschriften und Telegramme zugegangen.

Die Ursachen des Zusammenbruchs.

Ergebnisse des Untersuchungsausschusses.

Der 4. Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Ursachen des Zusammenbruchs prüft, veröffentlicht drei Gutachten seiner Sachverständigen über die große Offensive von 1918. Oberst a. D. Schwertfeger kommt zu dem Ergebnis, daß die kriegerische Handlung nicht von der politischen Führung beherrscht wurde. Die sich daraus ergebende Entwicklung betrachtet er

nicht als Schuld, sondern als Schicksal

und erklärt, daß die Oberste Heeresleitung den erforderlichen kriegerischen Geist gezeigt und nur die politische Leitung nach Bismarck an der Person des Monarchen gekrankelt habe. General v. Ruhl hält die Offensive von 1918 für glänzend angelegt. Er macht zwar den Zustand der Heimat, des Erntes und des Werbematerials als Bedenken geltend, meint aber, es sei keine andere Wahl geblieben. Der dritte Beurteiler Professor Hans Delbrück meint, die Ziele der Offensive waren unerreichbar. Die Anfangserfolge führt er auf unglückliche Fehler der Gegner zurück.

Nitti plaudert aus.

Das Ziel des Friedensvertrages.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti redet von Zeit zu Zeit den Gegnern Deutschlands ins Gewissen und plaudert zuweilen aus dem Schatz seiner Erinnerungen manches aus, was nützlich und lehrreich ist. In einem Aufsatz über die Türkei und Griechenland erzählt Nitti: Eine genaue Prüfung des Versailles-Vertrages, an dem heute niemand schuldig sein will und den einige seiner Hauptkämpfer im Gespräch mit mir als „absurd“ bezeichneten (was sie noch nicht öffentlich zu erklären wagen), eine Prüfung des Versailles-Vertrages hat mir die absolute Überzeugung beigebracht, daß man nicht etwa den Frieden wollte, sondern den Ruin Deutschlands und der anderen besiegten Völker; einen heute für Deutschland fast unvermeidlichen Ruin. Ist nach all dem Martyrium der besiegten und losgerissenen Territorien die deutsche Einheit noch nicht durchbrochen, so ist dies der Fall, weil sie nicht allein im Territorium und in den wirtschaftlichen Banden, sondern in den Herzen ruht.

Roggenwährung in Oldenburg.

Ein neuartiges Experiment.

Der Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, der Demokrat Theodor Laugen, gibt in der Post. Ztg. einen Überblick über die von ihm angeregte Einrichtung einer Sachwert-Währung, einer Idee, die dem heillosen Verfall unserer Papierwährung eine Art Abhilfe entgegenstellen soll. Weite Kreise sind bei dem fast auf nichts reduzierten Wert unserer Mark dazu übergegangen, ihre Kapital- oder Gewinnerträge in ausländischen Noten oder Sachwerten anzulegen, da die Mark keine auch nur einigermaßen zu schätzende Sicherheit für die Erhaltung des Besitzes bietet. Beide Verfahren bringen ungeheure Nachteile für unsere Volkswirtschaft. Der Umtausch in ausländisches Geld vergrößert unser Valutaeld, die wahllose Jagd nach Sachwerten ruft künstliche Preissteigerungen hervor.

Als Gegenmittel gegen diese Übel kann die Schaffung eines Anlagewertes angesehen werden, der die Eigenschaften eines sich rentierenden Sachwertes trägt und dem Besitzer die Gewissheit gibt, daß bei Abgabe ihm seine volle Summe an Kaufkraft zurückerstattet wird, so wie sie bei der Erwerbung bestand.

In Oldenburg ist nun aus Initiative die Staatsbank (Staatliche Kreditanstalt Oldenburg) im Begriff, einen solchen Wert zu schaffen, den man auch als befristete Inhabersanleihe bezeichnen kann. Ministerpräsident Laugen, der die Initiative dazu gegeben hat, gibt in seinem Artikel folgende Ausführungen zu dem neuartigen Versuch. Als Wertmesser ist der Roggen, als Form der Anleihe die der Schahanweisungen gewählt worden. Die Roggenanweisungen werden keine Zinsscheine erhalten, und ebenso wird die Kapitalrückzahlung nicht von dem